

Die Initiative ZivilEngagement des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bundesministerin Ursula von der Leyen hat im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestags am 9. April die Initiative ZivilEngagement vorgestellt.

Mit der Initiative ZivilEngagement zeigt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eine neue gesellschaftspolitische Perspektive auf: Wir brauchen eine Kultur des Engagements in Deutschland, die sich deutlich von dem unterscheidet, was wir heute haben. Wir müssen die Bürgergesellschaft Realität werden lassen. Dazu brauchen wir einen Aufbruch, den alle relevanten Akteure mittragen.

Eine lebendige Kultur des ZivilEngagements steht für gesellschaftliche Integration, wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und stabile demokratische Strukturen. Bürgerschaftliches Engagement ist ein konstitutiver Teil bei der Lösung sozialer und vieler anderer Aufgaben. Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen deshalb gemeinsam das Engagement der Bürgerinnen und Bürger fördern und in der Schaffung zivilgesellschaftlicher Rahmenbedingungen kooperieren. Jeder und jede muss sich fragen, welches Engagement kann ich leisten und wie kann ich der Gemeinschaft die Unterstützung zurückgeben, die ich in meinem Leben erfahre. Eigenverantwortung und Solidarität müssen in einer Kultur des Engagements neu ausbalanciert werden. Eine lebendige Kultur des ZivilEngagements steht für gesellschaftliche Integration, wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und stabile demokratische Strukturen.

Der Begriff ZivilEngagement fasst knapp zusammen, worauf es mit der Initiative ZivilEngagement und dem Programm „Miteinander – Füreinander“ ankommt: vielfältiges, individuelles Engagement, das Eigeninteresse und Gemeinwohl verbindet und auf passgenaue Angebote stößt und eine starke Zivilgesellschaft, die einen Rahmen für bürgerschaftliches Handeln bieten kann, das sich an zivilen Normen orientiert und auf sozialen Zusammenhalt ausgerichtet ist.

Die aktive Beteiligung und Vernetzung von und mit Wirtschaftsverbänden und -unternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Bundesländern und Kommunen soll Garant für die Nachhaltigkeit der Initiative sein. Die Initiative ZivilEngagement ist dabei als ein Vorgehensmodell zu verstehen, das die Kampagnenelemente mit Modellprojekten/-programmen, Ressortforschung und Infrastrukturförderung einschließlich der Weiterentwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen zu einem als Ganzes wahrgenommenen Politikfeld des BMFSFJ verbindet.

Ausgehend von der Arbeit der Enquete-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, vielen sich anschließenden strukturellen und Diskursanstößen – an dieser Stelle sei nur stellvertretend das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement genannt – zeigt sich eine Entwicklung, in der die Ankündigung der Initiative ZivilEngagement eine zusätzliche Bewegung angestoßen hat. Das Thema ZivilEngagement und Bürgerschaftliches Engagement stößt inzwischen an verschiedenen Stellen innerhalb der Bundesregierung auf großes Interesse, vor allem aber in Wirtschaft und Drittem Sektor wird eine große Kooperationsbereitschaft einschließlich der Bereitschaft zum Einsatz eigener Mittel festgestellt, die das BMFSFJ aktiv zur Einbindung aller drei Sektoren nutzen möchte.

Es ist daher in einem ersten Schritt ein Maßnahmenkatalog entwickelt worden, der wichtige Fragen und wichtige Partnerschaften aus Zweitem und Drittem Sektor einbezieht. Der Katalog ist nicht abschließend, vielmehr dient er einer ersten Konturierung und Aufforderung an Politik, Wirtschaft und bürgerschaftlicher Infrastruktur zugleich, sich gewinnbringend für die Weiterentwicklung zivilgesellschaftlichen Engagements einzubinden.

Kommunikation zur Stärkung der Zivilgesellschaft

Ziel es ist, zivilgesellschaftliches Engagement stärker in der Öffentlichkeit zu platzieren, eine Plattform für Engagement zu schaffen, Engagement stärker anzuerkennen und Interessierten Hilfestellungen zu geben, wo oder wie sie sich einbringen und an wen sie sich wenden können. Die zivilgesellschaftlichen Akteure und die Bürgerinnen und Bürger werden so konzentrierter vernetzt, die Information über das Thema wird verbessert. Ein integriertes *Kommunikationskonzept* soll Module von Öffentlichkeitsarbeit zur Stärkung dieses Ziels herausarbeiten.

Das BMFSFJ wird unter dem Arbeitstitel „**WEB-ZE**“ mit einem geeigneten Partner gemeinsam ein Projekt innerhalb der Initiative ZivilEngagement entwickeln. Dabei sollen in Kooperation mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft die Anforderungen an ZivilEngagement im WWW neu definiert werden mit dem Ziel, eine gemeinsame Identität und gemeinsame Zielgruppen zu entwickeln bzw. abzustimmen. Mögliches Endprodukt kann ein Web-Markt für ZivilEngagement sein, den Engagierte und Organisationen – ähnlich der einheitlichen Behördenrufnummer 115 – nutzen können: als anbietende Engagierte und Organisationen wie auch als Nutzende.

Die **Kampagne** des Bundesverbands Deutscher Stiftungen soll in Zusammenarbeit mit Partnern der Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu einer verbesserten gesellschaftlichen Anerkennung von Engagement beitragen. Die Leitidee der sozialen Bürgergesellschaft und die verschiedenen Facetten des bürgerschaftlichen Engagements - ihr Wert für die Engagierten und für die Gesellschaft - sollen deutlich herausgestellt werden. Die konkreten Inhalte der Kampagne werden in einem derzeit laufenden Pre-Projekt ausgearbeitet.

Bis zum Mai 2009 soll ein **Expertenbericht** des BMFSFJ mit dem Titel: „Der Beitrag von BE zur Bewältigung sozialer Aufgaben in Deutschland“ erstellt werden, in dem die

Wirkung von bürgerschaftlichem Engagement auf Familie und familienunterstützende Dienstleistungen einen besonderen Stellenwert einnehmen soll. Eine regelmäßige Berichterstattung der Bundesregierung zum bürgerschaftlichen Engagement wird angestrebt.

Qualifizierung im Feld des zivilgesellschaftlichen Engagements

Für **Tätigkeitsprofile bürgerschaftlichen Engagements** gilt es, transparente Tätigkeitsbeschreibungen zu schaffen, um der Befürchtung, dass durch den Einbezug Freiwilliger der hauptamtliche Arbeitsplatz gefährdet sein könnte, entgegenzuwirken. Die wechselseitige Ergänzung und Unterstützung der Arbeitsgebiete von Haupt- und Ehrenamtlichen sollen damit belegt bzw. aufgezeigt werden, um konkrete Abgrenzungen der Arbeitsbereiche in jeder Einrichtung und Institution neu vornehmen zu können. Auch bei der Einwerbung neuer Ehrenamtlicher kann eine solche Tätigkeitsbeschreibung eingesetzt werden, um deutlich zu machen, welche Anforderungen an die Tätigkeit bestehen. Im Weiteren kann dies Ausgangspunkt für gezielte Qualifizierungsmaßnahmen sein.

Es gibt zahlreiche, sehr unterschiedliche **Qualifizierungsangebote** im Dritten Sektor. Notwendig ist hier eine **Bestandsaufnahme und Evaluation** zu differenzieren nach: Handlungsfeldern, Zielgruppen für die Qualifizierungsmaßnahmen (Wirtschaftsmanager, Multiplikatoren, Ehrenamtliche), Veranstaltern, Organisatoren und Verbände, die sich auf diesem Feld als Akteure bewegen und wissenschaftlichen Stellen und Ansprechpartnern.

In der Diskussion über die gesellschaftliche Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern durch freiwilliges Engagement wird immer wieder bemängelt, dass Angebote mittelschichtorientiert sind und sich zumeist an das Bildungsbürgertum richten. Die Chance einer aktiven Teilhabe an der Gesellschaft ist für Bürgerinnen und Bürger, die artikulationsunfähig sind und bildungsfernen Schichten angehören, stark eingeschränkt. Dies gilt insbesondere auch für ältere Migrantinnen und Migranten. Es besteht die Gefahr, dass die Tendenz zur Isolation dieser Gruppe wegen schlechter Kommunikation und Integrationsfähigkeit zunimmt. In einem **Pilotprojekt zur Qualifizierung partizipationsungewohnter Menschen** sollen Empowermentstrategien für diese Personengruppen und darauf aufbauend Qualifikationsmaßnahmen für Bildungsreferenten und sonstige Fachleute entwickelt werden.

Die Bundesregierung hat durch die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts zahlreiche Verbesserungen für das bürgerschaftliche Engagement bewirkt – u.a. die Erhöhung der steuerlichen Abzugsgrenzen von Spenden. Dies ist eine wesentliche Verbesserung für Spender/innen. Genauso wichtig ist jedoch der **Spenderschutz**. Ziel ist es, den Spenderschutz durch verlässliche Informationen über die Seriosität von Spenden sammelnden Organisationen zu unterstützen und das Spendervertrauen und somit die Spendenbereitschaft zu erhöhen.

Geprüft wird eine **gemeinsame Datenbank der Spendenorganisationen**, die zu mehr Transparenz im 3. Sektor führen könnte. Spenderinnen und Spender könnten sich in einer gemeinsamen Datenbank der Spendenorganisationen einerseits informieren, andererseits wäre ein öffentliches Monitoring eine Grundlage für die Entwicklung einheitlicher Qualitätsstandards.

Im Rahmen der Initiative ZivilEngagement wird das BMNFSFJ die **Initiative Bürgerstiftungen unterstützen und weiter ausweiten**. Sie will eine große Bewegung schaffen und soziales und finanzielles Kapital mobilisieren. Bürgerstiftungen sind ein guter Weg, Zivilgesellschaft nachhaltig zu sichern. Deshalb soll auch im Rahmen der Initiative ZivilEngagement der Aufbau von Bürgerstiftungen in den neuen Ländern unterstützt werden. Mit der **Sonderinitiative Gemeinschaftsstiftungen Ost** wird die Gründung von Gemeinschaftsstiftungen durch Initiativen mit regionalen Partnern popularisiert und auf den Weg gebracht. Damit soll ein Beitrag zur Stärkung einer nachhaltigen demokratischen Zivilgesellschaft im Osten Deutschlands geleistet werden, insbesondere dort, wo extremistische Organisationen und Parteien die Lücke bei zivilgesellschaftlichen Strukturen zu füllen drohen.

Aufgrund der demographischen Entwicklung können öffentliche Dienstleistungen und Teile der Infrastruktur in vielen Regionen nicht mehr im bisherigen Umfang aufrechterhalten werden. Schon heute gibt es gute Beispiele dafür, dass durch die Aktivierung von freiwilligem und bürgerschaftlichem Engagement öffentliche Angebote erhalten werden können. Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe zum Themenschwerpunkt „Demographischer Wandel – Chance für stärkeren sozialen Zusammenhalt“ im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung will die **Kommunikation der Chancen einer Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements** verbessern. Geplant sind u.a. eine ressortübergreifende Fachkonferenz im Oktober 2008, ein Reader zum bürgerschaftlichen Engagement 2009 und die Fortführung der bundesweiten Beteiligungsinitiative „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ 2008 – 2009.

Frauen sollen in ihrem wachsenden Engagement in Organisationen und ihrem sozialen Umfeld angesprochen werden, um sie zu kommunalpolitischem Engagement zu bewegen: Die **kommunalpolitische Partizipation von Frauen** ist zu fördern. Mit einer Bundeskanzlerin als Regierungschefin und Bundesministerinnen nicht nur in ‚typisch weiblichen‘ Ressorts scheint die gleichberechtigte Mitwirkung und Teilhabe von Frauen zu einer Selbstverständlichkeit geworden zu sein. Doch der Schein trügt: Es gibt keine Ministerpräsidentin (mehr) auf Landesebene. In den Landtagen sind durchschnittlich 31,7% Frauen vertreten (im Deutschen Bundestag 31,6%). 2006 wurden lediglich 33 von den insgesamt 218 Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages von einer Oberbürgermeisterin regiert, was einem Anteil von 15 % entspricht. Der Anteil von Frauen in kommunalpolitischen Gremien liegt bei ca. 25 % und damit deutlich unter ihrem Anteil in anderen zivilgesellschaftlichen Engagementbereichen.

Der **Bundeswettbewerb Engagement PlusPunkt Kultur** zeichnet jährlich 30 gelungene Projektkonzepte aus und unterstützt die Jugendlichen materiell und fachlich (Bera-

tung / Qualifizierung) in der Umsetzung eines Engagementprojektes. Neben den Projektgeldern erhalten die Jugendlichen nach Abschluss ihres Projektes ein Engagementzertifikat und fachliche Begleitung in Form von Seminaren. Einen Engagementwettbewerb für Jugend im PlusPunkt Kultur (Arbeitstitel) zu konturieren erscheint sinnvoll, weil sich hiermit die Engagement-Quote von Jugendlichen in einem grundsätzlich attraktiven Feld der Einrichtungen kultureller Bildung steigern lässt und es ermöglicht (bis in die Praxis vor Ort), mehr Jugend- und Kulturträger sowie kommunale Kultureinrichtungen für die Mitarbeit und Mitbestimmung Jugendlicher zu öffnen und zu aktiven Partnern für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zu werden.

Das **EU-Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger** soll die aktive europäische Bürgerschaft fördern, die Entwicklung des Verständnisses für die gemeinsame Verantwortung der Europäischen Union unterstützen sowie die Toleranz und das Verständnis der europäischen Bürgerinnen und Bürger füreinander vergrößern. Dabei soll die kulturelle und sprachliche Vielfalt geachtet und gefördert und zugleich zum interkulturellen Dialog beigetragen werden. Zur Programmumsetzung sind die Mitgliedsländer aufgefordert, nationale Koordinierungsstellen einzurichten.

Eine in Kooperation durchgeführte **Tagung „Kooperation von Haupt- und Ehrenamtlichen im sozialen Bereich“** soll der Frage nachgehen: Wie können Strategien und Konzepte entwickelt werden, um die unterschiedlichen Formen des Engagements zu einem zentralen Element der Einrichtung der Dienste der Wohlfahrtsverbände zu machen. Es geht nicht nur um mehr freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch um andere Aktivitätsformen, wie z.B. die Mitwirkung von und Vernetzung mit anderen Einrichtungen und Verbänden sowie die grundsätzliche Behandlung des Stellenwerts in der verbandlichen Leitbild- und Konzeptentwicklung.

Mit dem Ziel, einen Einstieg in die Entwicklung gemeinsamer europäischer Standards der Engagementförderung zu finden, soll die **Mehrländertagung zum ZivilEngagement** den Austausch von Erfahrungen der Engagementförderung im deutschsprachigen Raum eröffnen und Vernetzungsmöglichkeiten sondieren. In diesem Kontext sollen Partner gewonnen werden, parallel zum 3. Freiwilligensurvey 2009 in Deutschland, vergleichende Untersuchungen in ihren Ländern zu fördern.

Auf der Grundlage des 1995 geschlossenen Vertrags mit dem niederländischen Ministerium für Gesundheit, Wohlfahrt und Sport erfolgt ein Austausch der unterschiedlichen Strategien zur Aktivierung des bürgerlichen Engagements älterer Menschen. Dabei sollen die unterschiedlichen Konzepte der Kommunen, der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände und von Seniorenorganisationen im Rahmen einer Konferenz diskutiert werden. Ein wichtiges Ziel ist, die Frage zu klären, ob und inwieweit für die Wahrnehmung des freiwilligen Engagements spezifische Formen der Weiterbildung zu entwickeln sind und inwieweit unser Weiterbildungs- und Qualifizierungskonzept ggf. zu modifizieren ist. An der **deutsch-holländischen Konferenz über neue Wege zur Verstärkung des bürgerschaftlichen Engagements für ältere Menschen** sollen Ministe-

rien, kommunale Spitzenverbände, Kommunen, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Seniorenorganisationen sowie bürgerschaftlich Engagierte teilnehmen.

Zivilgesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen

Das BMFSFJ greift in seiner Initiative ZivilEngagement mit Corporate Citizenship ein Thema auf, dessen Potenzial für die Bürgergesellschaft ebenso wie für die Unternehmen in Deutschland immer noch vergleichsweise wenig ausgeschöpft wird. Die Initiative wählt zur Förderung insbesondere drei Ansatzpunkte: den Aufbau einer (hochrangig besetzten) zivilgesellschaftlichen **Plattform für engagierte Unternehmen**, die Bereitstellung gesicherten Wissens über Corporate Citizenship in Deutschland: Sachstand, Stärken, Herausforderungen und Potenziale, sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote für engagementbereite Unternehmen.

Das vom BMBF im Rahmen eines Modellprojekts entwickelte **Kompetenzbilanzverfahren** zur Erfassung im Engagement erworbener Schlüsselqualifikationen soll gemeinsam mit Unternehmen aufgegriffen und zu einem „Quali-Pass/Euro-Pass“ wirtschaftsnah weiterentwickelt werden. Ziel ist es, die Kompetenzen freiwillig Engagierter hinsichtlich ihres Nutzens für Unternehmen stärker sichtbar zu machen, eine veränderte Einstellung von Unternehmen gegenüber Engagierten sowie eine stärkere soziale Verantwortung von Unternehmen zur Förderung von Engagement zu erreichen.

Förderung der Integration durch zivilgesellschaftliches Engagement

Eine **multiethnische Studie unter Einbeziehung einer Vergleichsstudie zum bürgerschaftlichen Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland** ist eine erneute Paralleluntersuchung zum 3. Freiwilligensurvey und erhebt Vergleichsdaten zum Engagement von Türkinnen und Türken gegenüber der ersten Untersuchung von 2004. Sie erfasst die größte Migrantengruppe Deutschlands und wird hier in türkischer Sprache durchgeführt. Damit lassen sich spezifische Erkenntnisse der Engagemententwicklung für diese Zuwanderergruppe ableiten. Zugleich wird die Studie zu einer multiethnischen Studie weiterentwickelt.

Hintergrund für die gesonderte Erhebung ist die Erkenntnis des 2. Freiwilligensurvey, dass die in deutscher Sprache erfolgte Befragung von Migrantinnen und Migranten das Engagementverhalten von gut integrierten und gut gebildeten Migrantinnen und Migranten unterschiedlicher Ethnien abbildete. Die erste Untersuchung des Engagements in der türkischen Community wies entsprechend deutliche Unterschiede zur Migrantentstichprobe des 2. Freiwilligensurveys aus und zeichnete somit ein reelleres Bild. Daher soll die vergleichende Untersuchung parallel zum Freiwilligensurvey auch weiterhin vorgenommen werden.

In den vom BMFSFJ geförderten Infrastrukturprojekten (z.B. Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäuser, Lokale Bündnisse für Familien) sollen Migrantinnen und Migranten stärker partizipieren und **Vernetzungsstrukturen mit Migrante-**

norganisationen aufgebaut werden. Das Projekt setzt eine zentrale Selbstverpflichtung der Bundesregierung im Nationalen Integrationsplan um, interkulturelle Öffnung von Infrastrukturprojekten zu einem Förderkriterium zu entwickeln.

Ziel des Projektes **Staatsbürgerliche Bildung für Migrantinnen** ist es, muslimische Frauen mit den Grundlagen des zivilgesellschaftlichen Engagements vertraut zu machen und die Arbeit frauenspezifischer Organisationen zu ermöglichen. Als Angehörige einer Religionsgruppe befinden sich diese Frauen mit und ohne Migrationshintergrund in einer besonderen Situation, die durch einen zielgruppengerechten Ansatz der staatsbürgerlichen Bildung aufgegriffen werden soll. Für die spezifische Zielgruppe der Musliminnen besteht ein spezifischer Bedarf, da ein Großteil von ihnen durch bestehende Regelangebote kaum oder gar nicht erreicht werden, da sie sich nicht angesprochen fühlen. Um diese Frauen an zivilgesellschaftliche Strukturen heranzuführen und die Vernetzung mit diesen Strukturen zu fördern, soll ein modular angelegtes Qualifizierungsangebot gemacht werden.

Frauenorganisationen nehmen einen wichtigen Part in der politischen Arbeit wahr. Seit einiger Zeit bilden sich zunehmend Migrantinnenorganisationen in Deutschland, die unterschiedlichste Organisationsformen haben. Über diese ist jedoch nahezu nichts bekannt. Im Zuge des Integrationsgipfel-Nachfolgeprozesses spielte die Förderung von Migrantinnenorganisationen in den unterschiedlichsten Arbeitsgruppen eine wichtige Rolle. Immer wieder wurde auch die Notwendigkeit der Kooperation von öffentlichen Stellen und Organisationen eingefordert. Kooperationen deutscher Frauenorganisationen mit Migrantinnenorganisationen sollen angestrebt werden. Um dieser Aufforderung nachkommen zu können, bedarf es der Kenntnis über Organisationen, ihre Organisationsformen, ihre Hintergründe. Diese Kenntnis- und Forschungslücke soll durch die geplante wissenschaftliche **Untersuchung zu Migrantinnenorganisationen in Deutschland** geschlossen werden.

Ausbau von Freiwilligendiensten

Mit dem Folgeprogramm „**Freiwilligendienst aller Generationen**“ soll dieser Dienst Schritt für Schritt bundesweit etabliert werden. Hierzu werden die im Modellprogramm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ gemachten positiven Erfahrungen zur Gewinnung und zum Einsatz von Freiwilligen unter verbindlichen Qualitätsstandards genutzt. Zur Erreichung dieses Zieles wird das Modellprogramm in mehrere zentrale Bausteine gegliedert:

- Entwicklung und Anwendung von Qualifizierungsmaßnahmen und -modulen für die Freiwilligen in Kooperation mit örtlichen Volkshochschulen und Bildungseinrichtungen,
- Erarbeitung, Druck und Verbreitung eines Praxis-Handbuchs für alle Fragen zum Freiwilligendienst und sonstige Formen von ehrenamtlichem Engagement,

- Aufbau mobiler Projektteams zur zusätzlichen Beratung vor Ort,
- Aufbau, Pflege und Vermarktung bürgernaher Internetplattformen zur Förderung der Vernetzung vor Ort,
- wissenschaftliche Begleitung und Steuerung des Modellprogramms, Vor-Ort-Recherchen, vorgeschaltete Bestandsanalysen u.ä.,
- Förderung von „Leuchtturmprojekten“, die im Rahmen eines Ideenwettbewerbs unter Zugrundelegung noch zu definierender Qualitätsstandards in enger Kooperation mit den Ländern ausgewählt werden und den speziellen Problemlagen in den Kommunen und Regionen Rechnung tragen sollen. Neben den themenspezifischen Projekten wird den Kommunen eine Förderung zum Auf- und Ausbau von Vernetzungsstrukturen angeboten.

Kofinanzierungen der Länder werden angestrebt und sollen genutzt werden, die Verbreitung der Freiwilligendienste durch zusätzliche Infrastruktur zu beschleunigen. Die den Freiwilligendienst aller Generationen unterstützenden Instrumente (Handbuch, Internetplattform, Qualifizierungsmodule) sollen möglichst bereits 2008 erarbeitet werden, damit sie mit Start des neuen Programms vor Ort zur Verfügung stehen.

Die Evaluation der Freiwilligendienste FSJ / FÖJ hat u.a. zu Tage gebracht, dass Migrantinnen und Migranten in den Freiwilligendiensten (FWD) deutlich unterrepräsentiert sind. Gerade die Freiwilligendienste als besondere Form bürgerschaftlichen Engagements sind wegen ihrer informellen Bildungspotentiale besonders geeignet, die Engagement- sowie die Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit der Freiwilligen zu fördern und so ihre soziale und berufliche Integration zu stärken. Eine bessere Partizipation von Migrantinnen und Migranten kann umso besser gelingen, wenn Migrantenorganisationen sich selbst als Akteure und Träger etablieren. Der **Aufbau von Migrantenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten** fördert die Integration von Migrantinnen und Migranten auf individueller und institutioneller Ebene. In diesem Kontext setzt das Vorhaben unmittelbar die Selbstverpflichtung der Bundesregierung im Nationalen Integrationsplan um, eine gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten zu gewährleisten und Migrantenorganisationen dabei zu unterstützen, selbst Träger geförderter Maßnahmen zu werden.

Hans Matena ist Leiter der Geschäftsstelle beim Beauftragten für ZivilEngagement des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Kontakt: hans.matena@bmfsfj.bund.de